

## 22. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 10.12.2015**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Lothar Kipp		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Gisela Fischer Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Klaus Läßing Johannes Mecke Edith Michal Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger	

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder Herr Dr. Ernstberger sowie Herr Ebert.

Der Vorsitzende gratuliert zu Beginn der öffentlichen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern Frau Rader und Herrn Ilmberger nachträglich recht herzlich zum Geburtstag.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die für die heutige Sitzung vorgesehenen Tagesordnungspunkte 3 a (*Einheimischen Modell an der Aschheimer Straße; Überarbeitung der Vergaberichtlinien*) sowie 3 b (*Einheimischen Modell an der Aschheimer Straße; Bedarfsermittlung für die Ausweisung einer neuen Reihenhäuserzeile*) vertagt werden. Dies fand aus der Mitte des Gremiums geschlossene Zustimmung.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende um 19.45 Uhr die Sitzung.

#### 298 23 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 23 : 0

Die Niederschrift aus der Sitzung des Gemeinderates vom 12.11.2015, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024  
Hauptamt

#### 299 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wird kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024  
Hauptamt

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Einheimischen-Modell an der Aschheimer Straße:

300      23      a) Überarbeitung der Vergaberichtlinien

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderats vom 11.02.2015, Nr. 169, mit dem im Rahmen des Antrags der PWU-Fraktion zum "Bau von Eigentumswohnungen im Einheimischen Modell an der Aschheimer Straße" gefordert wurde, die Vergaberichtlinien mit Stand 2011 zu überarbeiten.

Es werden weiterhin die Beschlüsse des Gemeinderats vom 16.04.2015, Nr. G184, sowie vom 12.11.2015, Nr. G304, in Erinnerung gebracht, mit denen beschlossen wurde, dass durch das Gremium eingereichte Anregungen, Hinweise und Wünsche in die bestehenden Vergaberichtlinien einzuarbeiten und anschließend juristisch zu prüfen sind.

Es wurde empfohlen Herrn Dr. Reicherzer, Becker Büttner Held – BBH Rechtsanwälte, München, der schon die Erstellung der Vergaberichtlinien begleitet hat, auch weiterhin mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Zwischenzeitlich sind von der PWU- (13.06.2015) und der SPD-Fraktion (15.06.2015) Vorschläge für die Überarbeitung bei der Verwaltung eingegangen, die von Herrn Dr. Reicherzer in die Vergaberichtlinien eingearbeitet wurden. Die entsprechenden Unterlagen wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Bei der Gemeinderatsvorunterrichtung am 09.11.2015 war Herr Dr. Reicherzer anwesend, hat den Mitgliedern des Gremiums seinen Entwurf präsentiert und stand für Fragen zur Verfügung.

In der Sitzung des Gemeinderats am 12.11.2015, wurde mit Beschluss Nr. G304, außerdem festgelegt, dass bis Ende November 2015 ergänzende Anmerkungen der Fraktionen bei der Gemeindeverwaltung eingereicht werden konnten.

Am 22.11.2015 ging diesbezüglich eine E-Mail des Herrn Gemeinderats Manuel Prieler bei der Verwaltung ein, mit der dieser als Vorsitzender der PWU-Fraktion, Kommentare und Änderungsvorschläge bezüglich der Vergaberichtlinien einreicht. Diese wurden an Herrn Dr. Reicherzer, Becker Büttner Held – BBH Rechtsanwälte, München, zur juristischen Stellungnahme weitergeleitet und mit E-Mail vom 07.12.2015 beantwortet.

Herr Dr. Reicherzer erläutert den Entwurf sowie die vorliegenden Anregungen und Vorschläge in der Gemeinderatsvorinformation am 08.12.2015 und beantwortet die auftretenden Fragen.

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Aus der Mitte des Gremiums wurde die Bitte ausgesprochen, dass die Verwaltung einen aktualisierten Entwurf der Vergaberichtlinien zusammenstellt und diesen dann zur weiteren Bearbeitung und interfraktionellen Abstimmung (Fraktionen stimmen sich hier eigenständig ab) dem Gremium zustellt.

Eine Beschlussfassung ist in der heutigen Sitzung nicht veranlasst.

AZ 621  
Bauamt

301      23      **b) Bedarfsermittlung für die Ausweisung einer neuen Reihenhäuserzeile**

Der Vorsitzende gibt die E-Mail des Herrn Gemeinderats Manuel Prieler vom 15.11.2015 bekannt, mit der dieser im Namen der PWU-Fraktion bittet eine Bedarfsermittlung zum Erwerb von Reihenhäusern im Einheimischen-Modell an der Aschheimer Straße durchzuführen.

Die Verwaltung schlägt vor, den Bedarf mittels einer Umfrage zu ermitteln. Dazu sollen Bekanntmachungen im Gemeindeblatt, auf der Homepage der Gemeinde sowie an den ortsüblichen Anschlagtafeln veröffentlicht werden. Jeder interessierte Bürger kann so seinen Bedarf per E-Mail/Brief bei der Gemeindeverwaltung einreichen.

Auf Grund der aufgeworfenen Fragen (auch hinsichtlich EU-Recht) konnten in der heutigen Sitzung die „neuen“ Richtlinien nicht beschlossen werden. Dadurch ist es nicht zielführend, vorab eine Abfrage in der Bevölkerung durchzuführen.

Eine Beschlussfassung ist in der heutigen Sitzung nicht veranlasst.

.

AZ 621  
Bauamt

304      23      **Sportzentrum an der Jahnstraße; Sachstand und weiteres Vorgehen zu den anstehenden Sanierungsmaßnahmen**

Dieser Tagesordnungspunkt war ursprünglich zur Behandlung in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 12.11.2015 vorgesehen. Aus der Mitte des Gremiums kam die Bitte die Behandlung und Beratung dieses Tagesordnungspunktes - auf Grund der fortgeschrittenen Zeit - auf die nächste Sitzung des Gemeinderates zu verschieben. Das Gremium stimmte dieser Vorgehensweis zu. Daher wurde dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr inhaltlich behandelt und wird entsprechend in der heutigen Sitzung

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
            send

### Vortrag - Beschluss

---

erneut aufgerufen und thematisiert.

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 09.07.2015, Nr. 275, in Erinnerung. Der Gemeinderat hat in dieser Sitzung die Durchführung der Sanierungsmaßnahmen Sportzentrum an der Jahnstraße mit einem voraussichtlichen Kostenvolumen von rund 7,5 Mio. € brutto ohne Baunebenkosten beschlossen. Konkret von der Sanierungsmaßnahme betroffen sind die folgenden Sporthallen des Altbestandes:

- a) Dreifachturnhalle mit ca. 1.200 m<sup>2</sup> und zwei kleineren Hallen mit je ca. 195 m<sup>2</sup> = 390 m<sup>2</sup> insgesamt 1590 m<sup>2</sup> Hallenfläche für Breitensport
- b) Tennishalle mit ca. 1.800 m<sup>2</sup>

Die Verwaltung sollte zudem zeitnah gemeinsam mit den Vereinsvertretern ein Konzept erarbeiten, das einen nahezu uneingeschränkten Sportbetrieb während der Bauarbeiten gewährleistet.

Im Rahmen der Diskussion des Gemeinderates zu diesem Punkt in seiner Sitzung vom 12.11.2015 wurde die Verwaltung - gleichzeitig mit der Vertagung dieses Tagesordnungspunktes - gebeten, für etwaige Ausweichsportstätten die benachbarten Vereine und Tennisanlagen nach Kapazitäten abzufragen.

Hierzu wurden entsprechende Gespräche mit dem Tennisverein Ismaning, SportScheck Allwetteranlage in Unterföhring und Iphitos München geführt. Iphitos München sowie die SportScheck Allwetteranlage haben bereits telefonisch aus eigenen Kapazitätsgründen eine Absage hinsichtlich einer Anmietung von Sportflächen erteilt. Die Anfragen beim Tennisverein Ismaning sind bislang unbeantwortet.

Mit den Vereinsvorständen des FCU, TSV, TCU, TSU, RugbyClub und SC Isaria wurde im Vorfeld bereits am 21.10.2015 die geplante Sanierung und der Beeinträchtigung des Sportbetriebes besprochen. Ein weiteres Gespräch mit Vertretern des TSV, TSU, FCU und des RugbyClubs fand am 25.11.2015 statt.

In diesen Gesprächen wurde von der Mehrheit der anwesenden Vereinsvorstände der Wunsch geäußert, den Sportbetrieb in standortnahe - ggf. neu zu schaffende - Ausweichräumlichkeiten zu verlagern. Die Möglichkeiten zum Aufstellen einer Traglufthalle in unmittelbarer Nähe zum Sportzentrum als Ersatzmöglichkeit während der Bauzeit wurden dabei kontrovers diskutiert.

Die Verwaltung hat die Anregungen der Vereinsvorstände aufgenommen und ist in die Prüfung folgender Varianten eingestiegen:

1. Das Aufstellen einer Traglufthalle in entsprechender Größe auf dem jetzigen Parkplatz westlich des Fezi zum Sportzentrum.
2. Das Aufstellen einer Traglufthalle in entsprechender Größe auf dem Bürgerfestplatz.

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

*(Hinweis der Verwaltung auf jährliches Bürgerfest, ganzjährige Parkplatznutzung sowie aktuelle Beschlusslage des GR (16.04.2015, Nr. 200 -> Bau Tiefgarage) ist erfolgt -> Realisierungsprüfung aufgrund dieser Sachlage eingestellt)*

3. Das Aufstellen einer Traglufthalle in entsprechender Größe auf die Fläche westlich der neuen Ringerhalle.
4. Eine Hallenlösung für den Tennisclub zur Aufrechterhaltung des ganzjährigen Spielbetriebs für die Abonnenten, wobei diese Traglufthalle für den Sommerbetrieb jährlich ab- und wieder aufzubauen wäre.
5. Das Aufstellen einer Traglufthalle in entsprechender Größe auf die Fläche des neuen Beachvolleyballplatzes.

Gemeinsam wurde zudem eine Kombinationslösung besprochen, die sowohl die Nutzung und das Ausweichen zu externen Anbietern als auch das Aufstellen von Traglufthallen vorsieht.

Die Vereinsvertreter der Außensportarten Fußball (FCU) und Rugby (Rugby Club Unterföhring) haben hier bereits einer temporären Ausübung ihrer Sportarten (tage- bzw. stundenweise) in der Sport Scheck Allwetter-Anlage in der Münchner Straße während der Wintermonate grundsätzlich zugestimmt.

Das Taekwondo-Training (TSU) kann nach derzeitigem Stand in die Schulsporthalle der Grundschule ausweichen.

Seitens der Verwaltung laufen aktuell noch Abstimmungsgespräche mit Drittanbietern hinsichtlich der Anmietung und Nutzbarkeit von Sportflächen durch die beteiligten Vereine sowie die Kostenermittlungen für die Errichtung, den Betrieb und die Miete von Traglufthallen an den vorgeschlagenen Standorten nebst den jeweils erforderlichen standortbezogenen (ergänzend notwendigen) baulichen Maßnahmen.

Aktuell können als erste Information folgende Kostendaten mitgeteilt werden:

Die Kosten für das Aufstellen von Traglufthallen, soweit der Bedarf nach Belegungskonzept durch die Verwaltung ermittelt wurde, belaufen sich derzeit für eine ganzjährige Mietlaufzeit:

- a) Ausweichstätte Nr. 5 (Beachvolleyballplatz) für den TSV  
mit einer Hallenfläche von ca. 650 m<sup>2</sup>  
auf 4.522 € brutto monatlich  
das entspricht für eine Nutzungsdauer von insgesamt 36  
Monaten 162.792,- € brutto  
zzgl. Unterhaltskosten (z.B. Heizung, Strom, Wasser etc.)  
zzgl. Hallenausstattung (z.B. Sportbodenbelag ca. 100.000,- €)
- b) Ausweichstätte Nr. 4 für den TCU  
mit einer Hallenfläche von ca. 1300 m<sup>2</sup> (= 2 Außenplätze)  
auf 5.712 € brutto monatlich

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
          send

### Vortrag - Beschluss

---

das entspricht für eine Nutzungsdauer von insgesamt 36 Monaten 205.632,- € brutto zzgl. Unterhaltskosten (z.B. Heizung, Strom, Wasser etc.)

Zusätzlich zur mtl. Miete ist nach Vertragsunterzeichnung in jedem Falle eine Pauschalzahlung für Planunterlagen, Rückverankerung, die nach Abbau ca. 10 cm. erdunterdeckend im Boden verbleibt, Lieferung und Montage in Höhe von 29.750,- € brutto je Traglufthalle fällig.  
Hinzu kommen im Rahmen einer Kostenübernahme durch die Gemeinde ggf. Zuschüsse an Vereine, die externe Sportstätten als Ausweichoptionen nutzen und anmieten.

Dem gegenüber werden bei wirtschaftlicher Betrachtung folgende Einnahmen für eine Wintersaison durch die Tennis-Abonnements erzielt:

Einnahmen im Winterabo sind Netto (ohne 19 % USt).

bisher in 2015 Stand 29.10.2015	58.208,41 €
Rechenergebnis 2014 netto	66.292,42 €
Rechenergebnis 2013 netto	72.367,23 €

Hierbei muss darauf hingewiesen werden, dass der Tennishallenbetrieb als Betrieb gewerblicher Art geführt wird und demnach wirken sich die anteiligen Baukosten inkl. Ersatzhallenkosten der Tennishalle umsatzsteuerrechtlich aus. Bei geschätzten anteiligen Baukosten (für BgA) inkl. Ersatzhallenkosten von ca. 2,5 € Mio brutto könnten ca. 475.000,- € an Umsatzsteuer beim Finanzamt für die Gemeinde Unterföhring geltend gemacht werden.  
Aufgrund der noch offenen Sachfragen, weiterer Standortprüfungen (Nrn. 1 und 3) nebst Kostenermittlungen und Gesprächen mit externen Anbietern von Sportflächen kann durch die Verwaltung zur heutigen Gemeinderatssitzung noch kein abschließendes Ergebnis vorgelegt werden.

Dies soll möglichst zur Sitzung im Januar erfolgen.

Ergänzende Hinweise:

Bei realistischer Betrachtung und Berücksichtigung aller formalen Verfahrensschritte ist -ungeachtet der noch zu klärenden Alternativlösungen für die Vereine- mit einem Baubeginn frühestens Sommer/Herbst 2016 zu rechnen.

Das VOF-Verfahren für die Projektsteuerungsleistung wurde EU-weit im Verhandlungsverfahren bekannt gemacht wurde und die Teilnehmeranträge bis zum 08.12.2015 eingereicht werden können.

Nach Abschluss aller notwendigen Vorverfahren (VOF-Verfahren Projektsteuerung und Planer) und der Sanierungsplanung können die Sanierungsmaßnahmen ausgeschrieben werden. Je nach Auftragshöhen müssen diese öffentlich ausgeschrieben werden.

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Bis zum Abschluss der Sanierungsmaßnahmen und einer endgültigen uneingeschränkten Nutzung beider Hallen rechnet die Verwaltung mit einer Dauer von insgesamt 24 Monaten inkl. aller Ausschreibungsverfahren. Eine Verhandlung vor der Vergabekammer oder andere etwaige Hinderungen des Bauablaufes sind hierin nicht berücksichtigt.

Die Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen an beiden Hallen in zwei Bauabschnitten ist dabei seitens der Verwaltung angestrebt.

Der Gemeinderat nimmt den Zwischenbericht zum aktuellen Sachstand zur Sanierung des Sportzentrums zur Kenntnis.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 621  
Bauamt

305

23

### Ortsumfahrung Unterföhring, weitere Überlegungen

Dieser Tagesordnungspunkt war ursprünglich zur Behandlung in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 12.11.2015 vorgesehen. Aus der Mitte des Gremiums kam die Bitte die Behandlung und Beratung dieses Tagesordnungspunktes -auf Grund der fortgeschrittenen Zeit- auf die nächste Sitzung des Gemeinderates zu verschieben. Das Gremium stimmte dieser Vorgehensweise zu. Daher wurde dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr inhaltlich behandelt und wird entsprechend in der heutigen Sitzung erneut aufgerufen und thematisiert.

Der Bürgermeister erinnert an den Sachstandsbericht des Gemeinderates vom 14.03.2002, Nr. 1182, den Beschluss des Gemeinderates vom 12.02.2009, in dem auf Antrag der PWU-Fraktion eine Machbarkeitsstudie auf eine Ortsumfahrung/Teilortsumfahrung in Unterföhring abgelehnt wurde und der Bekanntgabe des Gemeinderates vom 26.06.2014. In der Bekanntgabe wurde dem Gremium ein Schreiben von Werner und Inge Spitzweg, Münchner Straße 127 vom Juni 2014, Eingang Gemeinde am 10.06.2014, bekanntgegeben. Dem Schreiben war ein Artikel des Münchner Merkurs vom 31.05./01.06.2014 zum Thema „Dreckige Luft“ beigelegt. Im Zusammenhang mit der Schadstoffbelastung weisen Herr und Frau Spitzweg auf eine mögliche Ortsumfahrung (Umgehungsstraße mit Tunnel) hin. In der Gemeinderatssitzung vom 26.06.2014 wurde eine Zusammenfassung der Messergebnisse für die Feinstaubkonzentration in der Luft der Inhaltsstoffe des Feinstaubes bekanntgegeben. Bei den Messungen wurden die Immissionsgrenzwerte der 39. BImSchV und die sonstigen Beurteilungswerte eingehalten.

Der Gemeinde wurden in letzter Zeit durch Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Unterföhring vermehrt Anfragen bezüglich einer Ortsumfahrung von Unterföhring gestellt. Weiterhin liegt ein Schreiben vom September 2015,



## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Eingang Gemeinde am 24.09.2015, von Werner und Inge Spitzweg, Münchner Straße 127 vor.

Werner und Inge Spitzweg haben sowohl mit Schreiben vom 22.09.2015 an den Abgeordneten des Bayerischen Landtages, Herrn Weidenbusch, als auch in der Bürgerversammlung am 15.10.2015 auf die Ortsumfahrung/Untertunnelung hingewiesen und um Unterstützung gebeten. Den Fraktionen wurde zur Meinungsbildung das Schreiben von Herrn Spitzweg vom September 2015 nebst Unterschriftlisten, Eingang Gemeinde am 24.09.2015 und vom 22.09.2015 an den Bayerischen Landtag zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass unter dem heutigen Tagesordnungspunkt 6 die Behandlung des Antrags der CSU Fraktion zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für verschiedene Tunnellösungen zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße/ im Gemeindegebiet vorgesehen ist.

Der Vorsitzende sieht die Themen der Ortsumfahrung (Tagesordnungspunkt 5) sowie die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für verschiedene Tunnellösungen zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße/ im Gemeindegebiet (Tagesordnungspunkt 6) in direktem Zusammenhang.

Der Erste Bürgermeister schlägt daher die zusammenfassende Behandlung beider Tagesordnungspunkte vor und gibt einen Vorschlag der Verwaltung bekannt.

Dieser lautet:

*Auf Grund der Anregung von Herrn Werner Spitzweg in der Bürgerversammlung am 15.10.2015 (mit Schreiben vom September 2015 fixiert), erneut eine Ortsumfahrung zu überprüfen und des Antrages der CSU Fraktion vom 27.11.2015 verschiedene Tunnellösungen in Auftrag zu geben, erklärt sich die CSU Fraktion damit einverstanden, eine gemeinsame Beschlussfassung zu dieser Thematik zu fassen.*

*Die Verwaltung wird beauftragt eine Machbarkeitsstudie für verschiedene Tunnellösungen sowie Prüfung und Untersuchung einer Ortsdurchfahrt zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße / im Gemeindegebiet in Auftrag zu geben. In die Überlegungen soll eine mögliche Untertunnelung der Münchner Straße im Zuge des vierspurigen Ausbaus des Föhringer Rings auch mit einbezogen werden.*

Nach ausgiebiger Diskussion im Gremium stellt das Gemeinderatsmitglied Frau Rader einen Antrag gemäß § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat auf Schließung der Rednerliste. Zu diesem Zeitpunkt war noch eine Wortmeldung registriert.

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

23      Beschluss: 23 : 0

Die Rednerliste wird nach Gewährung der registrierten Wortmeldung geschlossen.

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des oben genannten Verwaltungsvorschlags abstimmen.

23      Beschluss: 13 : 10

Der Verwaltungsvorschlag in oben genannten Wortlaut, zur Zusammenfassung der Tagesordnungspunkte 5 und 6, wird zur Beschlussfassung zugelassen.

Nach dem der Vorschlag zur Beschlussfassung zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende nunmehr über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Wortlaut des Verwaltungsvorschlages lautet wie folgt:

*Auf Grund der Anregung von Herrn Werner Spitzweg in der Bürgerversammlung am 15.10.2015 (mit Schreiben vom September 2015 fixiert), erneut eine Ortsumfahrung zu überprüfen und des Antrages der CSU Fraktion vom 27.11.2015 verschiedene Tunnellösungen in Auftrag zu geben, erklärt sich die CSU Fraktion damit einverstanden, eine gemeinsame Beschlussfassung zu dieser Thematik zu fassen.*

*Die Verwaltung wird beauftragt eine Machbarkeitsstudie für verschiedene Tunnellösungen sowie Prüfung und Untersuchung einer Ortsdurchfahrt zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße / im Gemeindegebiet in Auftrag zu geben. In die Überlegungen soll eine mögliche Untertunnelung der Münchner Straße im Zuge des vierspurigen Ausbaus des Föhringer Rings auch mit einbezogen werden.*

23      Beschluss: 13 : 10

Auf Grund der Anregung von Herrn Werner Spitzweg in der Bürgerversammlung am 15.10.2015 (mit Schreiben vom September 2015 fixiert), erneut eine Ortsumfahrung zu überprüfen und des Antrages der CSU Fraktion vom 27.11.2015 verschiedene Tunnellösungen in Auftrag zu geben, erklärt sich die CSU Fraktion damit einverstanden, eine gemeinsame Beschlussfassung zu dieser Thematik zu fassen.

Die Verwaltung wird beauftragt eine Machbarkeitsstudie für verschiedene

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Tunnellösungen sowie Prüfung und Untersuchung einer Ortsdurchfahrt zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße / im Gemeindegebiet in Auftrag zu geben. In die Überlegungen soll eine mögliche Untertunnelung der Münchner Straße im Zuge des vierspurigen Ausbaus des Föhringer Rings auch mit einbezogen werden.

AZ 6312  
Bauamt

306

23

#### **Antrag der CSU Fraktion zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für verschiedene Tunnellösungen zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße/ im Gemeindegebiet**

Mit Schreiben vom 27.11.2015 (Eingang 30.11.2015) hat die CSU-Fraktion, vertreten durch Frau Betina Mäusel, einen Antrag zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für verschiedene Tunnellösungen zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße/ im Gemeindegebiet eingereicht. Der Antrag lautet wie folgt:

„der Gemeinderat möge beschließen:

Eine Machbarkeitsstudie für verschiedene Tunnellösungen zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße ist in Auftrag zu geben. In die Überlegungen soll eine mögliche Untertunnelung der Münchner Straße im Zuge des vierspurigen Ausbaus des Föhringer Rings auch mit einbezogen werden. Die entsprechenden Haushaltsmittel zur Durchführung der Machbarkeitsstudie sind in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Die im Jahr 1999 vom Büro EDR GmbH vorgelegte Machbarkeitsstudie entspricht nicht mehr dem derzeitigen Kenntnisstand der verkehrlichen Belastung.

Die seinerzeit erstellte Studie beinhaltet eine Prognose für 2015. Diese besagte damals bereits, dass eine Ortsumgehung unter Berücksichtigung aller Verkehrszuwächse eine enorme Entlastung des Verkehrs mit sich gebracht hätte. Durch den enormen Bevölkerungszuwachs in der Vergangenheit sowie der Zukunft (z. B. UFO, KIESA) sowie die wachsende Anzahl der Arbeitsplätze im Bereich der Gemeinde Unterföhring ist mit einem deutlich erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen.

Deshalb soll auf der Basis des jetzigen Kenntnisstandes der derzeitigen und zu erwartenden Verkehrsbelastung diese Studie aktualisiert werden. Im Zuge des geplanten Ausbaus des Föhringer Rings ist eine Untertunnelung der Münchner Straße durchaus in Betracht zu ziehen. Die entsprechenden Haushaltsmittel zur Durchführung der Machbarkeitsstudie sind in den Haushalt einzustellen.“

Unter dem heutigen Tagesordnungspunkt 5 (*Ortsumfahrung Unterföhring, weitere Überlegungen*) wurde eine zusammenfassende Behandlung

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

beschlossen.

Der Beschluss lautet:

*Auf Grund der Anregung von Herrn Werner Spitzweg in der Bürgerversammlung am 15.10.2015 (mit Schreiben vom September 2015 fixiert), erneut eine Ortsumfahrung zu überprüfen und des Antrages der CSU Fraktion vom 27.11.2015 verschiedene Tunnellösungen in Auftrag zu geben, erklärt sich die CSU Fraktion damit einverstanden, eine gemeinsame Beschlussfassung zu dieser Thematik zu fassen.*

*Die Verwaltung wird beauftragt eine Machbarkeitsstudie für verschiedene Tunnellösungen sowie Prüfung und Untersuchung einer Ortsdurchfahrt zur Reduzierung des Verkehrs auf der Münchner Straße / im Gemeindegebiet in Auftrag zu geben. In die Überlegungen soll eine mögliche Untertunnelung der Münchner Straße im Zuge des vierspurigen Ausbaus des Föhringer Rings auch mit einbezogen werden.*

Eine Beschlussfassung ist daher hier nicht mehr veranlasst.

AZ 6312  
Bauamt

- 307      23      **Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für den Sport, für Vereine und für die Jugendarbeit;**  
**Anpassung von Förderbeträgen**  
**(Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss)**

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates Nr. 666, 667, 668 und 669 vom 14.09.2011, mit denen die derzeit gültigen Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für den Sport, für Vereine und für die Jugendarbeit beschlossen wurden.

Die derzeit gültige Fassung der Richtlinien ist den Gemeinderatsmitgliedern vorab zugestellt worden.

In der Finanzausschusssitzung vom 26.10.2015 kam aus der Mitte des Gremiums der Antrag, den Zuschuss im Bereich „Förderung des Sports“ unter a) in Punkt 2.2 „Reisekosten“ sowie im Bereich „Förderung der Jugendarbeit“ unter c) Punkt 2.1 „allgemeine Jugendförderung“ zu erhöhen.

Über diese Änderung wurde in der Sitzung vom 29.10.2015 beraten und ein entsprechender Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat, Nr. G51, gefasst.

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Demnach sollen folgende Änderungen in die Richtlinien aufgenommen werden:

- 1.) Der Reisekostenzuschuss im Bereich „Förderung des Sports“ wird von 0,10 € auf 0,15 € pro gefahrenem Kilometer erhöht.

Die Richtlinien würden im Bereich „Förderung des Sports“ unter a) in Punkt 2.2 „Reisekosten“ folgende neue Fassung erhalten:

„Für die Fahrten zu Ligawettkämpfen werden Reisekosten für Sportler und Betreuer gewährt. Ab einer Freigrenze von 100 km (gem. Routenplaner Google Map) erhält der Verein pro Reisenden (Sportler und Betreuer) einen Zuschuss von 0,15 € je gefahrenem Kilometer. Reisekosten sind für maximal 3 Betreuer zuschussfähig.“

- 2.) Der Zuschuss im Bereich „Förderung für die Jugendarbeit“ für die allgemeine Jugendförderung soll von 35 € auf 40 € erhöht werden.

Die Richtlinien würden im Bereich „Förderung für die Jugendarbeit“ unter c) in Punkt 2.1 „Allgemeine Jugendförderung“ nachfolgende neue Fassung erhalten:

„Es erhält jede Einrichtung der Jugendarbeit auf Antrag einen jährlichen Zuschuss von 40 € pro Mitglied zwischen dem 2. und 18. Lebensjahr, das seinen ersten Wohnsitz in Unterföhring hat und aktives Engagement selbst aufbringt. Die Mitgliedschaft darf keine zeitliche Begrenzung aufweisen und muss zum 1. Januar eines Jahres auf einer vorzulegenden Bestandsliste nachgewiesen werden.“

Ergänzend zum vorliegenden Empfehlungsbeschluss des Finanzausschusses schlägt die Verwaltung vor, zur Förderung der Städtepartnerschaften eine weitere Ergänzung der Richtlinien vorzunehmen.

Eine eigene Fördergrundlage für Personen und Gruppen, die zwar kein eingetragener Verein sind und damit von den Förderrichtlinien bisher ausgenommen sind, und dennoch durch z.B. Besuche in den Partnergemeinden zur Belebung der Städtepartnerschaften beitragen, besteht bisher nicht. Als Beispiel sei die Fahrt des SPD Ortsvereins 2014 nach Kamsdorf genannt, der formal kein eingetragener Verein ist und dennoch im Rahmen der Städtepartnerschaft einen Fahrtkostenzuschuss analog der vorliegenden Förderrichtlinien beantragt hat.

Die Verwaltung schlägt daher vor, in dem Bereich „Förderung der Vereine“

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

unter b) Punkt 3 „Reiserichtlinien“ folgenden neuen Punkt 3.4 aufzunehmen:

„3.4 Zur Förderung der Städtepartnerschaften können Personen und Gruppen, die nicht als eingetragener Verein städtepartnerschaftliche Besuche vornehmen, auf Antrag die Reisekostenzuschüsse nach 3.2 erhalten. Ein entsprechender Nachweis des städtepartnerschaftlichen Zwecks der Reise ist zwingend nachzuweisen.“

Beschluss: 15 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Finanzausschusses und beschließt folgende Änderungen der Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln für den Sport, für Vereine und für die Jugendarbeit:

- 1.) Der Reisekostenzuschuss im Bereich „Förderung des Sports“ wird von 0,10 € auf 0,15 € pro gefahrenem Kilometer erhöht.

Die Richtlinien erhalten im Bereich „Förderung des Sports“ unter a) in Punkt 2.2 „Reisekosten“ folgende neue Fassung:

„Für die Fahrten zu Ligawettkämpfen werden Reisekosten für Sportler und Betreuer gewährt. Ab einer Freigrenze von 100 km (gem. Routenplaner Google Map) erhält der Verein pro Reisenden (Sportler und Betreuer) einen Zuschuss von 0,15 € je gefahrenem Kilometer. Reisekosten sind für maximal 3 Betreuer zuschussfähig.“

- 2.) Der Zuschuss im Bereich „Förderung für die Jugendarbeit“ für die allgemeine Jugendförderung wird von 35 € auf 40 € erhöht.

Die Richtlinien erhalten im Bereich „Förderung für die Jugendarbeit“ unter c) in Punkt 2.1 „Allgemeine Jugendförderung“ folgende neue Fassung:

„Es erhält jede Einrichtung der Jugendarbeit auf Antrag einen jährlichen Zuschuss von 40 € pro Mitglied zwischen dem 2. und 18. Lebensjahr, das seinen ersten Wohnsitz in Unterföhring hat und aktives Engagement selbst aufbringt. Die Mitgliedschaft darf keine zeitliche Begrenzung aufweisen und muss zum 1. Januar eines Jahres auf einer vorzulegenden Bestandsliste nachgewiesen werden“

- 3.) Zur Förderung der Städtepartnerschaften wird ergänzend im Bereich „Förderung der Vereine“ unter b) Punkt 3 „Reiserichtlinien“ folgender neuer Punkt 3.4 aufgenommen:

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

„3.4 Zur Förderung der Städtepartnerschaften können Personen und Gruppen, die nicht als eingetragener Verein städtepartnerschaftliche Besuche vornehmen, auf Antrag die Reisekostenzuschüsse nach 3.2 erhalten. Ein entsprechender Nachweis des städtepartnerschaftlichen Zwecks der Reise ist zwingend nachzuweisen.“

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden zur Verfügung gestellt und sind entsprechend einzuplanen.

Die Gemeinderäte Herr Klietsch, Herr Mecke, Herr Weingärtner, Herr Solfrank, Herr Unterstein, Frau Michal, Frau Mäusel und das Mitglied des Gemeinderats Herr Erster Bürgermeister Kemmelmeyer sind als Vorsitzende betreffender Vereine oder örtlicher Gruppierungen nach Art. 49 Absatz 1 Satz 1 der Bayerischen Gemeindeordnung persönlich beteiligt und nehmen an der Abstimmung nicht teil.

AZ 523  
Finanzen

#### 23 Unterföhringer Ortsmitte (UFO); Anträge zur Verlegung des Rathauses

#### 308 23 a) Antrag der PWU-Fraktion

Mit Schreiben vom 19.11.2015 (Eingang 19.11.2015) hat die PWU-Fraktion, vertreten durch Herrn Manuel Prieler, einen Antrag zur Verlegung des Rathauses in die neue Unterföhringer Ortsmitte (UFO) eingereicht. Der Antrag lautet wie folgt:

„Die PWU Fraktion beantragt, dass das Rathaus als Bestandteil der neuen Unterföhringer Ortsmitte ins „UFO“ verlegt wird. Dabei soll für das bestehende Rathaus an der Münchner Straße ein Nutzungskonzept (Kernpunkt eines der Öffentlichkeit zur Verfügung stehenden Gebäudes) ausgearbeitet werden, in dem die Sanierung, der Abriss oder ein Neubau in die Konzeption einzubeziehen ist.

Begründung:

Der 1. Preis des Architektenwettbewerbs „Unterföhringer Ortsmitte“ betont in seinem Entwurf unser Zentrum durch ein vierstöckiges Bürogebäude als Hochpunkt des Ensembles, in dem für die weiteren geplanten Gebäude eine entsprechende Bebauung vorgesehen ist. Der geplante Büro-Solitär

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

(IV-geschossiges Gebäude) erhält durch seine Lage im Schnittpunkt der Hauptachsen (Diagonale und Ost-West-Verbindung) zudem eine besondere Bedeutung.

Um diesem wichtigen, zentralen Gebäude eine entsprechende Nutzung zu widmen und um das gesamte Ensemble auch tagsüber mit Leben zu füllen, ist dieses Gebäude ideal als Standort für das „neue Unterföhringer Rathaus“ geeignet. Dabei sind die erforderlichen Flächen für das neue Rathaus zu ermitteln und soweit erforderlich die Planungen den künftigen Bedarfen anzupassen.“

#### 309      23      **b) Antrag der CSU-Fraktion**

Mit Schreiben vom 20.11.2015 (Eingang 23.11.2015) hat die CSU-Fraktion, vertreten durch Herrn Manfred Axenbeck, einen Antrag zur Verlegung des Rathauses in die neue Unterföhringer Ortsmitte (UFO) eingereicht. Der Antrag lautet wie folgt:

„Das neue Rathaus soll auf dem Gelände der neuen Unterföhringer Ortsmitte errichtet werden. Planungen sind vorzubereiten und bei der Entscheidung des Gemeinderates über die Auswahl des Entwurfs des städtebaulichen Konzepts „UFO“ aus der Preisgerichtssitzung mit zu berücksichtigen. Die ggf. freiwerdende Fläche an der Münchner Str. soll in die Umsetzung des Unterföhringer Seniorenkonzepts miteinbezogen werden.

Begründung:

Das Rathaus entspricht in vielen Bereichen nicht mehr den heutigen Anforderungen einer prosperierenden Gemeinde, deren Einwohnerzahl in den letzten 10 Jahren auf heute ca. 11.000 Einwohner gestiegen ist. Das haben mehrere Gutachten zu Energie, EDV, Brandschutz und Elektrik ergeben. Besonders heikel sind die Bereiche Brandschutz in den Räumlichkeiten. Viele Büros entsprechen nicht mehr der Arbeitsstättenverordnung bzw. der Raumbedarf ist erheblich höher als der momentan vorhandene.

Die Entscheidung, ob eine Sanierung wirtschaftlich sinnvoll ist, oder ob ein Neubau und gleichzeitig eine Vergrößerung am jetzigen Standort eine Alternative sein kann, steht noch aus.

Die CSU ist der Meinung, dass es auch ein politisches Signal geben muss, die neue Ortsmitte „UFO“ zu beleben durch die Verlegung des Rathauses in ein repräsentatives Gebäude in unserem neu zu entwickelnden Quartier am



## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

S-Bahnhof.

Durch täglichen Parteiverkehr ins Rathaus und die dort anzusiedelnden Bereiche (siehe Auslobungstext) kann es gelingen eine hohe Frequenz von Personen zu erzeugen und eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in diesem Bereich zu sichern.

Die CSU Fraktion sieht also neben den wirtschaftlichen auch politische Gründe für eine Verlegung des Rathauses ins UFO-Gelände.

Zudem kann die freiwerdende Fläche an der Münchner Str. für eine sozialgerechte Bodennutzung im Sinne einer Bebauung für die Zwecke der Senioren in Unterföhring genutzt werden.

#### **Zusammenfassung der Anträge der PWU- und CSU-Fraktion zur Verlegung des Rathauses**

Da sich die Tagesordnungspunkte 8 a) und b) inhaltlich ähnlich sind, schlägt der Vorsitzende eine zusammenfassende Beschlussfassung mit folgendem Wortlaut vor:

*Das Gremium folgt den Anträgen der PWU- Fraktion vom 19.11.2015 (eingegangen am 19.11.2015) und der CSU-Fraktion vom 20.11.2015 (eingegangen am 23.11.2015), dass das Rathaus in die neue Unterföhringer Ortsmitte „UFO“ verlegt wird. Planungen hierfür sind vorzubereiten und bei der Entscheidung des Gemeinderates über die Auswahl des Entwurfs des städtebaulichen Konzepts aus der Preisgerichtssitzung mit zu berücksichtigen.*

*Die freiwerdende Fläche an der Münchner Straße. soll in die Umsetzung des Unterföhringer Seniorenkonzepts miteinbezogen werden.*

Aus der Mitte des Gremiums findet dies grundsätzlich Zustimmung, jedoch wird um getrennte Abstimmung gebeten, weshalb der Vorsitzende hierüber abstimmen lässt:

Beschluss: 23 : 0

Nach dem der Antrag auf getrennte Abstimmung einstimmig angenommen wurde, erfolgt die Beschlussfassung über den Verwaltungsvorschlag getrennt.

#### **1.) Verlegung Rathaus**

Das Gremium folgt den Anträgen der PWU- Fraktion vom 19.11.2015 (eingegangen am 19.11.2015) und der CSU-Fraktion vom 20.11.2015 (eingegangen am 23.11.2015), dass das Rathaus in die neue Unterföhringer

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Ortsmitte „UFO“ verlegt wird. Planungen hierfür sind vorzubereiten und bei der Entscheidung des Gemeinderates über die Auswahl des Entwurfs des städtebaulichen Konzepts aus der Preisgerichtssitzung mit zu berücksichtigen.

Beschluss: 23 : 0

#### 2.) Nachfolgenutzung der freiwerdenden Fläche an der Münchner Str.

Die ggf. freiwerdende Fläche an der Münchner Str. soll in die Umsetzung des Unterföhringer Seniorenkonzepts miteinbezogen werden.

Beschluss: 19 : 4

AZ 610  
Bauamt

310 22

#### **Neuerlass der Gebührensatzung für die öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen der Gemeinde Unterföhring**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern der Entwurf der neuen Gebührensatzung ab 01.01.2016 und die Anlagen zur Kalkulation zugestellt wurden.

Nach der Kalkulation vom 08.10.2015 betragen die jährlichen Gebühren für die gesamte öffentliche Abfallentsorgung der Gemeinde Unterföhring bei einer 14-tägigen Leerung der Restmülltonne:

<b>Tonnengröße Liter</b>	<b>jährlich €</b>	<b>pro Leerung €</b>
60	59,00	2,30
80	79,00	3,10
120	119,00	4,60
240	234,00	9,00
360	350,00	13,50
660	640,00	24,70
1100	1.100,00	42,30
70 l Müllsäcke nach Bedarf á 3,00 €		

Eine erneute Nachkalkulation ist im Jahr 2019 vorgesehen. Die Reduzierung ergibt sich aus dem Zuwachs der Einwohner und den reduzierten kalkulatorischen Kosten.

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat erlässt die Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung neu, die zum Bestandteil des Protokolls erklärt wird.

Die Satzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung vom 02.02.2009 außer Kraft.

-siehe Beilage-

Bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt war das Gemeinderatsmitglied Herr Klietsch nicht anwesend.

AZ 930  
Finanzen

311 22

#### **Bauleitplanung der Gemeinde Ismaning - Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 Bau-Gesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 4a Abs. 3 Satz 1 BauGB im Rahmen der 15. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) sowie zum Bebauungsplan (BPlan) Nr. 29c zur Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen im südlichen Gemeindegebiet (südlicher Teil des bestehenden AGROB Medien- und Gewerbeparks) der Gemeinde Ismaning um Stellungnahme gebeten wird.

Die entsprechenden Planunterlagen zur 15. Flächennutzungsplanänderung, sowie zum BPlan Nr. 29c, jeweils in der Fassung vom 24.09.2015, wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende erinnert in diesem Zusammenhang an den Beschluss des Gemeinderats vom 30.07.2015, Nr. 256, in welchem die Gemeinde bereits an den laufenden Verfahren beteiligt wurde.

Folgende Änderungen des FNPs sowie des BPlans Nr. 29c wurden in der Ismaninger Gemeinderatssitzung am 24.09.2015 hinsichtlich der der Gemeinde Unterföhring am 30.07.2015 vorliegenden Fassung gefasst:

- südlich des Umgriffs war bisher ein Grünstreifen geplant, in der nun vorliegenden Fassung wird zur Erschließung des

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
            send

### Vortrag - Beschluss

---

- Gewerbegebiets in die Tiefe eine „wichtige örtliche Straße“ geplant
- weiter ist nunmehr eine kleinere Baumreihe (Linden) als Ersatzpflanzung entlang der Münchner Straße im südöstlichen Bereich, nördlich des geplanten Kreisverkehrs vorgesehen
  - in der Begründung des FNPs wird die Größe des dargestellten Gewerbegebiets von vormals 3,32ha auf 3,1ha (Fläche für neu geplante Straße im südlichen Bereich) korrigiert

Als Frist für die Stellungnahme war der 09.12.2015 gesetzt (Eingang der Beteiligung bei der Gemeinde am 18.11.2015 (FNP) bzw. 23.11.2015 (BPlan)). Da mit E-Mail von Frau Aldinger, Gemeinde Ismaning, vom 26.11.2015 die beantragte Fristverlängerung nicht gewährt werden kann, wird die Anfrage im Verwaltungsweg behandelt, die Beschlussfassung des Gemeinderats vom 30.07.2015, Nr. 256, bleibt bestehen.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt die Änderungen im Rahmen der 15. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie zum Bebauungsplan Nr. 29c zur Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen im Bereich südlich des bestehenden AGROB Medien- und Gewerbeparks der Gemeinde Ismaning zur Kenntnis. Die Beschlusslage des Gemeinderats vom 30.07.2015, Nr. 256, bleibt bestehen. Auf diese wird besonders hingewiesen.

Die Gemeinde Ismaning wird aufgefordert, durch diese Neuausweisung von Gewerbe die verkehrliche Situation darzustellen und Lösungsvorschläge auf eigenem Gemeindegebiet vorzulegen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Unterstein war bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht anwesend.

AZ 610  
Bauamt

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

312      23      **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Bekanntgaben**

##### **Anträge zum Gymnasium in Unterföhring**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass von der CSU-Fraktion und von der Grünen-Fraktion jeweils ein Antrag zum Thema Gymnasium vorliegt.

Antrag CSU Fraktion:

- Antrag vom 21.11.2015; Eingang 23.11.2015
- „(...)Festlegung der Fachrichtung des pädagogischen Konzepts des Gymnasiums (...)“

Antrag Grünen Fraktion:

- Antrag vom 19.11.2015; Eingang 20.11.2015
- „In den Architekten-Wettbewerb für das neu zu errichtende Gymnasium soll die Planung einer 2. Grundschule für Unterföhring aufgenommen werden“

Diese werden in der Sitzung des Gemeinderates am 14.01.2016 behandelt.

##### **Antrag der SPD-Fraktion zum Feringasee**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass mit Schreiben vom 07.12.2015 ein Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Feringasee („Nutzungskonzept zur Erweiterung des Naherholungsgebiet „Feringasee“) eingereicht wurde.

Dieser wird in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderates behandelt.

##### **Antrag der HWZ Projekte GmbH zur Errichtung einer zeitlich befristeten Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße**

Der Vorsitzende gibt die E-Mail des Herrn Thomas Zeitler, HWZ Projekt GmbH, Unterschleißheim, vom 10.12.2015 bekannt, mit welcher dieser mitteilt, dass der am 22.09.2015 gestellte und in der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss am 29.09.2015, mit Beschluss Nr. 211, behandelte Antrag zur Errichtung einer zeitlich befristeten Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße, mit Bescheid des zuständigen Landratsamtes München vom 04.12.2015, genehmigt wurde. Die Bauarbeiten sollen umgehend beginnen.

In diesem Zusammenhang gibt der Vorsitzende bekannt, dass sich die

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Besichtigung der Traglufthalle (Asylbewerberunterkunft) an der Mitterfeldallee vom 14.12.2015 auf den 21.12.2015 (17.00 Uhr – 19.00 Uhr) verschiebt.

#### **S-Bahnhof Unterföhring; Sachstand zum Bau von Rolltreppen und Aufzügen im nördlichen und südlichen Abgang des S-Bahnhofes**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 20.06.2013, Nr. 990, sowie den Gemeinderatsbeschluss vom 12.03.2014, Nr. 1054, in Erinnerung.

Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Errichtung von zwei zusätzlichen Rolltreppen beim Eisenbahnbundesamt anzufordern. Dabei sollen auch die Fluchtwege, der vorbeugende Brandschutz, die Statik und die dann zusätzlich anfallenden Nachfolgekosten (Wartung, Reparaturen etc.) aufgezeigt werden. Außerdem ist die Gewähr über die Bewältigung der Fahrgastströme auch in den Hauptverkehrszeiten zu treffen. Ferner soll geprüft werden, ob ein Senkrechtaufzug im südlichen und nördlichen Abgang des S-Bahnhofs errichtet werden könnte, sofern die Realisierung der zusätzlichen Rolltreppen nicht machbar (z. B. Ablehnung durch das Eisenbahnbundesamt) wäre.

Im Rahmen der beauftragten Machbarkeitsstudie für die Möglichkeit einer Nachrüstung von Rolltreppen bzw. Aufzügen an den Abgängen Nord und Süd des S-Bahnhofs Unterföhring muss ebenfalls die Fortschreibung des Brandschutzgutachtens veranlasst werden. Hierzu wurde das Ingenieurbüro Kersken + Kirchner, München, beauftragt, die seinerzeit das Brandschutzgutachten im Auftrag der DB erstellt hatten. In enger Abstimmung mit der DB werden derzeit Brandsimulationen durchgeführt. Die ersten Ergebnisse werden bis zum 14.12.2015 erwartet. Nach Vorlage der Simulationsergebnisse wird die Verwaltung bis zum 18.12.2015 eine entsprechende Stellungnahme durch das Ingenieurbüro Kersken + Kirchner, München, erhalten.

#### **Verkehrsrechtliche Angelegenheiten; Entfernung des Grünpfils an der Kanalstraße in Richtung Münchner Straße**

Der Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 28.09.2010, Nr. 314, vom 29.03.2011, Nr. 382 und vom 27.10.2015, Nr. 227 sowie die Bekanntgaben im Gemeinderat vom 13.01.2011, 25.10.2011 und 08.03.2012. Im Beschluss vom 27.10.2015, Nr. 227 entschied sich das Gremium dafür, dass der Grünpfil an der Kanalstraße bestehen bleibt. Diese Entscheidung wurde dem Landratsamt

## **23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

München mit E-Mail vom 28.10.2015 mitgeteilt.

Mit Anordnung des Landratsamtes München vom 30.10.2015 wurde die Entfernung des Grünpfeil-Schildes am Einmündungsbereich Kanalstraße in die Münchner Straße angewiesen. Als Grund wurde mitgeteilt, dass die zuständige Polizeiinspektion 26 Ismaning die Angaben der Schulwegshelferin, Frau Schweikl, bestätigt und den Komplettabbau des Grünpfeil-Schildes befürwortet. Der Bürgermeister gibt die Anordnung vom 30.10.2015 bekannt.

Nach einer telefonische Rücksprache bei der Polizeiinspektion Ismaning, Herrn Rieder, wurde mitgeteilt, dass die Überquerung der Kanalstraße ein offizieller Schulweg ist und die Sicherheit der Kinder Vorrang hat. Aus diesem Grund kann einer Befürwortung zum Erhalt des Grünpfeil-Schildes durch die PI Ismaning in diesem Bereich nicht erteilt werden.

### **Bläserklassenzuschuss 2015**

Mit Schreiben vom 01.12.2015 stellt die Musikschule Ismaning e. V. den alljährlichen Antrag zur Bezuschussung der Bläserklassen 2016 und die Berechnung des Zuschusses 2015.

Haushaltsmittel sind entsprechend unter der HH Stelle 2110.5742 eingestellt.

Der Bläserklassenzuschuss geht auf die Einführung 2007 zurück und beruht auch auf einem Kooperationsvertrag zwischen allgemein bildenden Schulen und Musikschulen vom 16.03.2005.

Ausbezahlt durch die Gemeinde wurden bisher:

2014 = 25.827,34 €

2015 = 26.944,18 €

Geplant laut der Musikschule Ismaning e. V. sind für 2016 in Euro 28.000, jedoch unter der vorsichtigen Planung einer geringeren staatlichen Bezuschussung.

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Stromlieferung für gemeindeeigene Objekte, Einrichtungen und die öffentliche Straßenbeleuchtung von 2016 - 2017, Ergebnis der Bündelausschreibung**

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 17.09.2015, Nr. 272. Nach Zuschlagserteilung sollte der Gemeinderat entsprechend informiert werden.

Mit Schreiben vom 26.11.2015 teilt die Kanzlei BBH, München, das Ausschreibungsergebnis der Bündelausschreibung für Ökostrom mit.

Nach Bewertung der Zuschlagskriterien erhielt das Angebot mit dem besten Preis-Leistungsverhältnis den Zuschlag. Der Zuschlag fiel auf die Gemeindewerke Oberhaching, die bereits in den Jahren 2014 und 2015 die Gemeinde Unterföhring mit Ökostrom in Form von Direktlieferung aus einem norwegischen Wasserkraftwerk (Erneuerbaren-Energien-Anlage) belieferten. Die Stromlieferung erfolgt von folgendem Wasserkraftwerk:

Bezeichnung der Anlage:	Follsja Kraftwerk
Standort:	3678 Notodden, Norwegen
Betreiber:	Markedskraft ASA, 4801 Arendal, Norwegen Johannes Schimler
Eingesetzte Energie:	Wasserkraft
Inbetriebnahme:	30.01.2015

Der Angebotspreis für das Jahr 2016 beträgt 3,564 ct/kWh und für das Jahr 2017 3,470 ct/kWh. Im Vergleich zu 2015 (= 4,319 ct/kWh) sind die Angebotspreise für die Gemeinde bis zu knapp 25% günstiger als im Rahmen der letzten Einzelausschreibung für Ökostrom. Zu den Preisen kommen noch die EEG-Umlage in Höhe von 6,354 ct/kWh, die Stromsteuer in Höhe von 2,05 ct/kWh und die Mehrwertsteuer von derzeit 19% hinzu. Dies ergibt einen Strombruttopreis für

- 2016 in Höhe von 14,242 ct/kWh
- 2017 in Höhe von 14,13 ct/kWh

Der Zuschlag an die Gemeindewerke Oberhaching GmbH wurde rechtsverbindlich durch die Rechtsanwaltskanzlei Becker, Büttner, Held, München, entsprechend den einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen und wie in den Ausschreibungsunterlagen vorgegeben, erteilt.

#### **Eröffnung einer hausärztlich-internistischen Praxis in der Ahornstraße 2**

Der Erste Bürgermeister gibt die E-Mail von Frau Dr. Emmanouela Vlizou bekannt, mit der diese mitteilt, dass Sie ab dem 04.01.2015 eine hausärztlich-internistische Praxis in der Ahornstrasse 2 eröffnen wird.



## **23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

#### **Lichtzeichenanlage an der Kreisstraße M 3 / Kreuzung Oberer Aschheimer Weg, Sachstand**

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 20.05.2015, Nr. 222, und die Bekanntgabe vom 18.06.2015. Nach Antrag der SPD-Fraktion vom 30.04.2015 auf Zurückstellung der Errichtung einer Lichtzeichenanlage an der Kreisstraße M 3 / Oberer Aschheimer Weg und Zustimmung durch den Gemeinderat wurde der Landkreis München mit Schreiben vom 27.05.2015 aufgefordert, zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen:

1. Der Landkreis München wird aufgefordert den Vollzug des Kreisausschuss-Beschlusses vom 16.03.2015 mindestens solange zurückzustellen bis die schriftlichen Stellungnahmen der zuständigen Polizeidienststellen und die schriftlichen Stellungnahmen der Gemeinden Aschheim und Unterföhring vorliegen.
2. Zur ausführlichen Prüfung der verkehrsgutachterlichen Ergebnisse wird den unter Ziff. 1 genannten Dienststellen die zugrunde gelegten Gutachten in Kopie vorgelegt.
3. Unterföhring erwartet eine Erläuterung darüber, welche Auswirkung einer Ampel auf den Umfahringseffekt für die Ortsdurchfahrten von Unterföhring und Ismaning bringen kann und ob durch diese Maßnahmen ein Rückfluss des Umfahringverkehrs in die Ortsmitten zu befürchten ist.
4. Für die Entscheidung sind sowohl die Vereinbarungen der Grundstückseigentümer, die Widmung des Oberen Aschheimer Weges (Feldweg!) und die Kostenübernahme für die Lichtsignalanlage und den Umbau dieser Anschlussstelle genauestens darzulegen.
5. Die Gemeinde Aschheim wird seitens des Landratsamtes aufgefordert, die Aschheimer Gewerbegebiete I -betriebe ausschließlich über eigene Straßen zu erschließen und nicht über Straßen der Nachbargemeinde Unterföhring.

Da bis zum 13.10.2015 keine Stellungnahme vom Landkreis München vorlag, wurde mit Schreiben vom 13.10.2015 nochmals an das Schreiben vom 27.05.2015 erinnert und um Mitteilung des aktuellen Sachstandes sowie das weitere Vorgehen gebeten.

Mit Aktenvermerk des Staatlichen Bauamtes Freising vom 15.10.2015 wurde bekanntgegeben, dass die Straßenbauverwaltung ab Mitte November 2015 an der Kreisstraße M 3 / Einmündung Oberer Aschheimer Weg mit den Bauarbeiten zur Signalisierung der Einmündung des Oberen Aschheimer Weges beginnt. Dafür ist es erforderlich, die bestehende Rechtseinbiegespur vom Oberen Aschheimer Weg in die Kreisstraße M 3 auszubauen. Der Bürgermeister gibt das Schreiben des Staatlichen Bauamtes Freising vom 15.10.2015 bekannt.

## 23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Ausführung der Arbeiten werden vom 26.10.2015 bis ca. 11.12.2015 (Verlängerung) vorgenommen (Anordnung des Staatlichen Bauamtes Freising vom 23.10.2015 und Verlängerung vom 30.11.2015).

Das Landratsamt München, Verkehrsrecht, hat mit Datum 03.12.2015 eine Anordnung zur Signalisierung des Knotenpunktes Kreisstraße M 3 / Oberer Aschheimer Weg, Gemeindegebiet Unterföhring, erlassen. Es wird eine bedarfsgesteuerte Lichtzeichenanlage mit LED-Leuchten errichtet. Als Betriebsart wurde die Hellschaltung gewählt. Die Betriebszeit der Lichtzeichenanlage wird von Montag bis Freitag von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr festgesetzt. Am Samstag wird die Betriebszeit von 06:00 Uhr bis 13:00 Uhr festgesetzt (an Sonn- und Feiertagen ist die Anlage aus). Als Gründe wurden benannt:

„Wegen der zu erwartenden Zunahme der Verkehrsbelastung auf der Kreisstraße M 3 hat der Kreistag zur Verbesserung der Verkehrsabwicklung und zur Erhaltung der Verkehrssicherheit als Übergangslösung eine bedarfsgesteuerte Lichtsignalanlage am Knoten M 3 / Oberer Aschheimer Weg beschlossen. Insbesondere den beladenen Lkw der anliegenden Kieswerke soll dadurch das gefahrlose Einfahren in die Kreisstraße ermöglicht werden.“

Der Bürgermeister gibt die Anordnung vom 03.12.2015 bekannt.

Mit E-Mail vom 08.12.2015 informiert das Staatliche Bauamt Freising über die Inbetriebnahme der Lichtzeichenanlage am 11.12.2015. Gleichzeitig wird die Pressemitteilung vom 08.12.2015 bekanntgegeben.

Der Bürgermeister gibt die Anordnung und Pressemitteilung vom 08.12.2015 bekannt.

### Anfragen

- Das Gemeinderatsmitglied Herr Unterstein erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Dinge hinsichtlich der neugebauten Rampe an der Fußgängertreppe am Voglbachweg.

Hier erklärt der Bauamtsleiter Herr Kapfenberger wiederholt, dass die Arbeiten der Baufirma mangelbehaftet und nicht zeitgerecht ausgeführt wurden.

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Rader berichtet, dass zwei Firmen aus der Feringastrasse die Errichtung eines Zebrastreifens angeregt haben.

Hier berichtet der Bauamtsleiter Herr Kapfenberger, dass dies bereits in der letzten Verkehrsschau am 29.06.2015 besprochen wurde und teilt mit, dass ein Fußgängerüberweg von der PI Ismaning nicht befürwortet wird.

## **23. Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

Nachdem keine weiteren Anfragen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 22.36 Uhr die heutige öffentliche Sitzung wünscht allen Anwesenden eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit sowie den Besuchern und Vertretern der Presse einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg.

---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister

---

Lothar Kipp  
Schriftführer